



SIPA PRESS

General Mladić, serbische Soldaten bei Bihac im November 1994: „Die Muslime muss man prügeln“

„Der Schlüssel zum Sieg“

Aus den Aufzeichnungen von Armeechef Ratko Mladić

Am 23. Februar 2010 wurden bei einer Hausdurchsuchung in Mladićs Belgrader Villa zahlreiche Tagebücher mit insgesamt 3500 Seiten konfisziert. In ihnen hatte der serbisch-bosnische Militäarchef wichtige Gespräche notiert, die in seinem Beisein geführt worden waren. Die Notizen wurden vom Haager Kriegsverbrecher-Tribunal als Beweismaterial akzeptiert. Die Einträge erfolgten oft nur stichpunktartig und sind für Außenstehende nicht ohne weiteres verständlich. Sie geben Mladićs Sicht wieder, offenbaren seinen Hass auf andere Ethnien und das paranoide Weltbild des Generals. Und sie bestätigen zugleich: Es waren vor allem Präsident Slobodan Milošević und seine verschiedenen Generalstabschefs, die Mladićs militärische Siege in Bosnien ermöglichten.

Donnerstag, 14. Januar 1993: Momčilo Krajišnik (der Premier der bosnisch-serbischen Republika Srpska) sagt bei einem Treffen mit Jugoslawiens Präsident Dobrica Čosić in Anwesenheit von Mladić: „Ich will eine feste Bindung mit Belgrad. Wir wollen eine Währungsunion mit Serbien. Wir können unser Volk nicht länger hintergehen.“ Mladić notiert das Zitat.

Dienstag, 19. Januar 1993: Der russische Oberst Gennadij Sorokin behauptet bei einem Treffen mit Mladić, die Juden wollten die Welt führen: „Wegen der jüdischen Ehefrau von Präsident Boris Jelzin konnten wir die Sanktionen gegen Serbien nicht verhindern.“

Donnerstag, 21. Januar 1993: Bei einem Treffen in Pale klagten Mladić, der bosnische Serbenführer Radovan Karadžić und Jugoslawiens Generalstabschef Zivota Panić über die mangelnde Disziplin in der Armee. Der Zustand des Drina-Korps sei katastrophal. Panić empfiehlt Mladić, notfalls durch Erschießungen die Armee zu disziplinieren.

Freitag, 7. Mai 1993: Karadžić mahnt Mladić zur Zurückhaltung bei der weiteren Einnahme von Dörfern. Es wäre eine „Katastrophe“, wenn die Nato zum Eingreifen provoziert werde.

Freitag, 28. Mai 1993: Jugoslawiens Premier Radoje Kantić erinnert bei einem Treffen, an dem Mladić teilnimmt, daran, dass Belgrad trotz der heiklen wirtschaftlichen Lage in den ersten fünf Monaten die Hälfte seines Budgets für Munition und Kriegsmaterial ausgegeben habe, das der Armee der bosnischen Serben geliefert wurde. Mladić protokolliert, dass Serbiens Präsident Milošević sagt: „Wir haben eine Milliarde Dollar für den Krieg in Bosnien und Kroatien ausgegeben.“

Donnerstag, 8. Juli 1993: Milošević erklärt gegen-

über Karadžić und Mladić: „Wir haben (dem kroatischen Präsidenten) Franjo Tuđman die (bosnischen) Muslime angeboten. Aber er hat gesagt: ‚Nehmt ihr sie.‘“ General Panić verspricht zusätzliche Munition und Kriegsausrüstung.

Montag, 13. Dezember 1993: Karadžić bemerkt zu Milošević und Mladić: „Jetzt ist eine günstige Zeit, den Krieg zu beenden. Wir halten 75 Prozent des Territoriums, den Durchbruch zum Meer werden wir auf politischem Weg erzwingen. Sarajevo ist der Schlüssel zum Sieg.“

Samstag, 29. Januar 1994: Mladić erklärt bei einem Treffen mit Armeeangehörigen in Vlasenica: „Die Muslime muss man so lange prügeln, bis die ganze Welt sieht, dass es sich nicht auszahlt, gegen die Serben zu kämpfen. Der wichtigste Punkt ist Sarajevo, dies ist das Hirn ihres Staates. Mit der Blockade Sarajevos haben wir unseren Staat geschaffen. Wir dürfen jetzt keine kriegesischen Aussagen machen, wir müssen vom Frieden reden. Nur so können wir Serbien vor einer

Blockade retten. Unser Interesse ist die Gründung eines gesamtserbischen Staates. Vielleicht wird uns Europa dies nicht sofort erlauben, es will kein Großserbien.“

Samstag, 23. April 1994: Mladić notiert bei einem Treffen mit seinem Oberkommando: „Die Türken (so nennt Mladić die bosnischen Muslime) haben keine organisierte Militärführung in den Enklaven Goražde, Zepa und Srebrenica. Wir sollten sie in



Brennendes Sarajevo 1992

GETTY IMAGES

nächster Zeit neutralisieren, notfalls mit militärischer Gewalt.“

Freitag, 14. Juli 1995 (drei Tage nach der Einnahme von Srebrenica): Nach einem Treffen mit Milošević, dem schwedischen Uno-Repräsentanten Carl Bildt und dem französischen General Bertrand de La Presle in Belgrad hält Mladić fest: „Bildt hat Informationen, dass in Bratunac (bei Srebrenica) zahlreiche Muslime gefangen genommen wurden. Er sagt, man müsse etwas übers Wochenende unternehmen, sonst gebe es Probleme. Die Männer müssten befreit werden. Bildt verlangt außerdem, dass wir 48 niederländische Soldaten freigeben, die bei uns sind.“

Einen Tag später schreibt er, er sei von (dem britischen) General Rupert Smith mit dem Vorwurf konfrontiert worden, es gäbe Informationen über Morde und Vergewaltigungen durch serbische Soldaten nach der Einnahme von Srebrenica.

Montag, 18. September 1995: Der serbische General Dragan Radenović bietet Mladić in Belgrad im Auftrag der Russen Geschosse mit einer ungeheuren Zerstörungskraft an. Preis pro Stück: 52 000 Dollar. Moskau werde die Waffen über ein Drittland an die bosnischen Serben verkaufen. „Der russische Geheimdienst würde uns außerdem zahlreiche militärische Gegenstände schenken. Angeblich hat der Vermittler die Rückendeckung Jelzins.“

Sonntag, 1. Oktober 1995: Eine Delegation der russischen Streitkräfte bietet in Bijeljina Mladić weitere Hilfe an. Einzige Bedingung, schreibt Mladić, sei es, dass Serbien keine Stationierung von Nato-Truppen auf seinem Territorium erlaube.

Freitag, 8. Dezember 1995: Mladić trifft General de La Presle. Der informiert ihn, dass Präsident Chirac nach dem Krieg fest auf serbischer Seite stehen werde – falls er, Mladić, zwei gefangene französische Piloten freilasse. Er habe den Auftrag, die Piloten tot oder lebendig zurückzubringen. Sonst ziehe Frankreich seine Truppen aus Sarajevo zurück, was den Muslimen sehr entgegenkäme.

Mladić verlangt, dass er nicht vors Haager Kriegsverbrecher-Tribunal komme. Dort gehörten jene hin, die die Serben bombardierten. „Es ist die Zeit gekommen, General, wo die Großen den Kleinen gehorchen. Wenn Sie und England und die USA es so wollen, dann sterben Sie eben für die Muslime.“ De La Presle weist darauf hin, dass Milošević vor wenigen Tagen den Friedensvertrag von Dayton paraphiert habe. Mladić schreibt: „Er hatte kein Recht, serbisches Territorium oder mich zu verkaufen. Er hat kein Recht auf mein Leben.“

USA

Hausarrest mit Dachterrasse

Dank der Dienste einer privaten Sicherheitsfirma durfte Dominique Strauss-Kahn das Gefängnis verlassen – der Angeklagte zahlt 200 000 Dollar im Monat dafür.

Das Stammlokal des ehemaligen Polizisten Nick Casale liegt nicht weit von seinem Büro, an der Madison Avenue, im Herzen Manhattans. Das größte Steak kostet hier an die 60 Dollar. Macht nichts, Casale ist jetzt Unternehmer, und es geht ihm gut. „Wir liefern Freiheit“, sagt er. Seine Firma „Casale Associates“ bewachte vor zwei Jah-

kosten von 50 000 Dollar für ein 632-Quadratmeter-Townhouse in Manhattan, in dem er nun auf seinen Prozess wegen versuchter Vergewaltigung eines Zimmermädchens warten darf.

Die neue Bleibe – mehrere mit Sandstein verkleidete Bäder, Privat kino, Dachterrasse und Fitnessraum – liegt in Tribeca, 153 Franklin Street. Strauss-Kahns reiche Gattin, Anne Sinclair, hat sie besorgt. In Apartmenthäusern wollte man ihren Mann nicht haben.

Um nach Tribeca ziehen zu dürfen, musste Strauss-Kahn nicht nur eine Millionenkaution hinterlegen, sondern auch die privaten Sicherheitsleute engagieren. Sie sollen aufpassen, dass er sich nicht ins Ausland absetzt. „Mindestens einen bewaffneten Wachmann“ schreiben die Bewährungsauflagen in der Wohnung vor, daneben 24-Stunden-Videoüberwachung sowie Alarmvorrichtungen an den Türen. Und natürlich eine „Personal Tracking Unit“, eine Elektrofessel mit Funksignal,

angebracht am Knöchel des Angeklagten. Jeder Besucher wird nach Waffen abgetastet, die Stroz-Leute entscheiden, wer rein darf und wer nicht. Wenn der Ex-IWF-Chef zum Arzt, ins Gericht oder in die Synagoge geht, werden sie an seiner Seite sein.

Die 24-Stunden-Überwachung sei wie gutbezahltes „Babysitting“, sagt Casale, allerdings „organisiert wie eine Militäroperation“. In Madoffs Penthouse koordinierte er drei bewaffnete Kollegen. Deren Stundenlöhne liegen weit über denen von Söldnern in Kriegs-

gebieten. Dafür müssen sie ausgerechnet ihren Auftraggeber in Schach halten.

Viele Mittel haben die Aufseher nicht, wenn ein Angeklagter ihnen zu entkommen versucht: Gewalt dürfen sie nur in Notwehr anwenden, bei Fluchtgefahr sollen sie die Polizei alarmieren. Entwischt der Auftraggeber, drohen keine juristischen Konsequenzen.

Das Geschäft mit den straffällig gewordenen Reichen läuft gut. Ein Ehepaar aus Long Island, das unter Verdacht stand, zwei Hausangestellte wie Sklaven gehalten zu haben, erkaufte sich auf diesem Weg ebenso vorläufige Haftverschonung wie der wegen Drogenhandels angeklagte Sohn von Michael Douglas.

Mittlerweile, berichtet Casale, kämen sogar Anfragen verurteilter, aber vermögiger Amerikaner, die ihre Strafe gern mit Wachen in der Wohnung absitzen würden. Das allerdings ist in dem Land, in dem die Gleichheit vor dem Gesetz so gern beschworen wird, noch nicht möglich.

GREGOR PETER SCHMITZ



Ex-Banker Strauss-Kahn (M.): Fußfessel und Privat kino

ren schon den Hausarrest von Milliardenbetrüger Bernie Madoff, für 140 000 Dollar pro Monat.

Wenn reiche Angeklagte eine hohe Kaution stellen können, den Richtern die Fluchtgefahr aber zu hoch erscheint, ist das ein Fall für Casale. So wie bei Madoff und nun beim früheren Chef des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn.

Allerdings, sagt Casale, seien Madoffs Betrugsgeschäfte zur Zeit seines Hausarrestes schon enttarnt gewesen. Strauss-Kahn sei der wesentlich kompliziertere Fall: „Er wurde in letzter Minute aus dem Flieger geholt, er leugnet die Tat, dabei gibt es DNA-Spuren, die ihn belasten. Die Fluchtgefahr ist viel höher.“

Casales Kollegen vom Sicherheitsunternehmen „Stroz Friedberg“ – Werbeslogan: „We get it right“ – bewachen zurzeit den Franzosen, angeblich für 200 000 Dollar monatlich, die Firma verweigert jede Auskunft. In dieser Summe enthalten sind aber schon Strauss-Kahns Miet-

EMMANUEL DUNAND / AFP